

**Liste 1: Stellenschaffungen ohne zusätzliche Auswirkungen auf den Gesamthaushalt**

| Lfd.-Nr.:  | Amt | Thema            | Organisatorisch<br>geprüfter<br>Bedarf | Jahresauf-<br>wand<br>(in Euro) | Auf-<br>gabentyp<br>(P, S, F) | Anmerkung   |
|--|-----|------------------|--|---------------------------------|-------------------------------|---|
| <b>A: Befristete Planstellen, die zur unbefristeten Verlängerung vorgesehen sind bzw. für die eine Verlängerung der Befristung vorgesehen ist (bereits budgetierte Planstellen).</b> |     |                  |  |                                 |                               |   |
| <b>Dezernat 2</b>  |     |                  |  |                                 |                               |   |
| 1  | IT  | SAP-Betrieb, A12 | 1,00                                   | 107.200                         | S                             | Zur Aufrechterhaltung des laufenden Betriebs und die steigende Anzahl an angebundenen Dienststellen an die E-Rechnung ist die Entfristung der Stelle notwendig. Die Notwendigkeit zur Einführung der E-Rechnung basiert auf der EU-Richtlinie 2014/55/EU. Die befristete Stelle wurde im Stellenschaffungsverfahren 2018 vom GR geschaffen. |
|  |     |                  | <b>1,00</b>                            | <b>107.200</b>                  |                               | <b>Teilergebnis Dezernat 2</b>  |

| Lfd.-Nr.:         | Amt | Thema                             | Organisatorisch<br>geprüfter<br>Bedarf | Jahresaufwand<br>(in Euro) | Aufgabentyp<br>(P, S, F) | Anmerkung  |
|-------------------|-----|-----------------------------------|--|----------------------------|--------------------------|--|
| <b>Dezernat 4</b> |     |                                   |  |                            |                          |  |
| 2                 | StK | Registratur/digitales Archiv, E05 | 1,00                                   | 53.700                     | S                        | Die E-Rechnung beschleunigt den Prozess in der Rechnungsbearbeitung. Durch das Vorab-Einscannen entsteht nun kein Verzug mehr. Daneben schafft die E-Rechnung mehr Transparenz. Damit die Zahlbarmachung am Ende des Prozesses reibungslos vonstattengehen kann, müssen im DV-System Daten (Zahlweg, Bankverbindung, Rechnungsnr.) die das System beim Scannen automatisch eingelesen hat, auf ihre Richtigkeit abgeglichen werden. Im Stellenschaffungsverfahren 2018 wurden Planstellen im Umfang von 2 VZW dauerhaft geschaffen, eine weitere Planstelle zunächst befristet, da der endgültige Bedarf in seiner Höhe noch nicht final absehbar war. Mit der sukzessiven Ausrollung der E-Rechnung auf weitere Dienststellen hat sich nun gezeigt, dass diese dritte Planstelle auf Dauer benötigt wird. |
|                   |     |                                   | <b>1,00</b>                            | <b>53.700</b>              |                          | <b>Teilergebnis Dezernat 4</b>   |

| Lfd.-Nr.:         | Amt | Thema  | Organisatorisch geprüfter Bedarf | Jahresaufwand (in Euro) | Aufgabentyp (P, S, F) | Anmerkung   |
|-------------------|-----|--|----------------------------------|-------------------------|-----------------------|---|
| <b>Dezernat 5</b> |     |  |                                  |                         |                       |   |
| 3                 | GBA | Baumpflege, E07  | 3,00                             | 180.600                 | P                     | Der GR bewilligte im Rahmen des Stellenschaffungsverfahrens 2019 für die Baumpflege 6,00 VZW. Davon sind 3,00 VZW unbefristet und 3,00 VZW auf 5 Jahre befristet. Die 3,00 VZW wurden seinerzeit befristet eingerichtet, da die Berechnung der Stellenbedarfe noch ausstand. In der Zwischenzeit zeigte die Stellenbedarfsberechnung, dass die derzeitigen 6,00 VZW in der Baumpflege benötigt werden, weshalb aus organisatorischer Sicht die Entfristung von 3,00 VZW befürwortet werden kann.  |
| 4                 | GBA | Fachkraft für sicheren Spielplatz, E06   | 2,85                             | 163.020                 | P                     | Das GBA unterhält aktuell an rund 580 Standorten im Stadtgebiet ca. 4.685 inspektionspflichtige Inventare. Das GBA ist dazu verpflichtet, tägliche bis wöchentliche visuelle Routineinspektionen an allen betriebenen Anlagen durchzuführen. Das GBA verfügt über 5,85 VZW für diese Aufgaben. Davon sind 2,85 VZW befristet. Die visuellen Inspektionen müssen nach einem vorgegebenen Standard durchgeführt werden. Im Rahmen der Organisationsuntersuchung wurde das Modul Spielplatz untersucht. Der Stellenbedarf von insgesamt 5,85 VZW für die visuellen Kontrollen sind aus organisatorischer Sicht notwendig. Daher wird die Entfristung von 2,85 VZW befürwortet. Die befristete Stelle wurde im Stellenschaffungsverfahren 2018 vom GR geschaffen.   |
| 5                 | GBA | Gärtner/-in, E08   | 1,00                             | 60.500                  | P                     | 2020 wurde zur Abwicklung eingehender Untersuchungen bzw. für Zusatzkontrollen gemäß Forschungsgesellschaft Landschaftsentwicklung Landschaftsbau-Baumkontrollen 1,00 VZW befristet auf zwei Jahre eingerichtet. Im Rahmen der laufenden Organisationsuntersuchung wurde das Modul Baumkontrolle untersucht. Es zeichnet sich einen Stellenmehrbedarf ab. Aufgrund von Trockenschäden, Sturmereignissen und Schädlingen an Bäumen müssen monatlich Zusatzkontrollen durchgeführt werden. Diese Zusatzkontrollen können nicht mit dem vorhandenen Personal erledigt werden. Da es sich bei diesen Zusatzkontrollen zudem um eine rechtlich verpflichtende Tätigkeit im Rahmen der Verkehrssicherungspflichten des Baumeigentümers handelt, wird ein dauerhafter Stellenbedarf von 1,00 VZW aus organisatorischer Sicht befürwortet.  |
| 6                 | FBA | Saisonkräftestellen Hauptfriedhof, Stadteilfriedhöfe Friedhofspflege (8 Monate), E02 | 1,99                             | 95.719                  | S                     | Im Rahmen des Stellenschaffungsverfahrens 2020 wurden 4 VZW (6 Saisonkraftstellen für die Vegetationsphase von 8 Monaten) geschaffen, 2 VZW als dauerhafte Planstellen, 2 VZW zunächst als befristete Planstellen (zur Abschätzung des endgültigen Dauerbedarfs). Die Gründe für den Stellenmehrbedarf liegen in der Selbstverpflichtung, auf den Einsatz von Herbiziden zu verzichten. Der Pflegeaufwand auf den Friedhofswegen und bei den Grablücken erhöhte sich dadurch signifikant. Die Vielzahl der Wildkräuter (insb. Hirsegewächse) haben zugenommen und damit auch die Pflegeintervalle. Darüber hinaus sind in den letzten 20 Jahren die Anzahl an freien Grabstellen auf dem Hauptfriedhof um 9.000 Grabstellen angewachsen, was einen zusätzlichen Aufwand bei der Pflege der Kleinparzellen darstellt. Es hat sich inzwischen gezeigt, dass die Planstellen auf Dauer benötigt werden. In den Jahren 2020 und 2021 hat sich mit diesen zusätzlichen Stellen der Pflegezustand auf den Karlsruher Friedhöfen verbessert; der Ausbreitung der Wildkräuter konnte damit auch ohne Einsatz von Herbiziden entgegengewirkt werden. |
|                   |     |  | <b>8,84</b>                      | <b>499.839</b>          |                       | <b>Teilergebnis Dezernat 5</b>  |

| Lfd.-Nr.:  | Amt   | Thema  | Organisatorisch geprüfter Bedarf | Jahresaufwand (in Euro) | Aufgabentyp (P, S, F) | Anmerkung  |
|--|-------|--|----------------------------------|-------------------------|-----------------------|--|
| <b>Dezernat 6</b>  |       |  |                                  |                         |                       |  |
| 7  | StPIA | Zentrale Dienste, SB Finanzen, A10,<br><br>Laufzeitverlängerung um 2 Jahre                                   | 1,00                             | 86.300                  | P                     | Die Aufgaben der Serviceeinheit Zentrale Dienste beim StPIA wurden betrachtet und neuverteilt. Die Neuordnung bedingte, dass es im Bereich Finanzsachbearbeitung einer zusätzlichen Stelle, zunächst befristet, bedarf. Im Rahmen des Stellenschaffungsverfahrens 2020 wurde daher vom GR die befristete Stelle geschaffen. Aktuell läuft das Projekt „Zentralisierung der Buchungszentren“ der StK. Damit kommt es zu weiteren Unwägbarkeiten. Es wird daher vorgeschlagen, die Stellenlaufzeit um zwei Jahre zu verlängern. Vor Ablauf der Befristung sollte eine Evaluation bezüglich eventueller Aufgabenverlagerungen in Richtung des zentralen Buchungszentrums vorgenommen werden.  |
| 8  | HGW   | SB Finanzhaushalt/<br>Haushaltsplanung, A11  | 1,00                             | 97.100                  | P                     | Bauprojekte müssen finanztechnisch zunächst separat geführt werden, als sogenannte Anlagen im Bau. Auf diese führen alle Buchungsvorgänge während der Planung und Errichtung. Mit der Fertigstellung werden die Gebäude in den Anlagenbestand überführt, was ein aufwändiger bilanztechnischer Vorgang darstellt, mit dem die Anlagen in die Aktiva der Stadt übertragen werden. Für diese Aufgabe stehen HGW eine dauerhafte Planstelle sowie die im Stellenschaffungsverfahren 2019 zusätzlich zunächst befristet geschaffene Planstelle zur Verfügung. Eine inzwischen durchgeführte Stellenbemessung, basierend auf mittleren Bearbeitungszeiten und den jährlichen Fallzahlen, zeigt, dass sich ein dauerhafter Bedarf von 2,0 VZW ergibt. Die Entfristung der Planstelle wird deshalb empfohlen. |
| 9  | HGW   | Finanz- und Immobilienmanagement, Reinigungsmanagement, E08<br><br>Verlängerung der Befristung bis Ende 2026 | 1,00                             | 60.500                  | F                     | Die Reinigungsverträge sind zu einem großen Teil überaltert. Durch systematische Neuausschreibungen - mit der Möglichkeit Standards zu reduzieren- können die jährlichen Reinigungskosten deutlich gesenkt werden. Im Stellenschaffungsverfahren 2017 wurde dazu eine befristete Planstelle geschaffen. Da noch eine größere Anzahl an Verträgen zur Neuausschreibung anstehen, wird eine Verlängerung der bestehenden befristeten Planstelle bis Ende 2026 vorgeschlagen. Die bisher gemachten Erfahrungen zeigen, dass die erzielten Einsparungen deutlich höher sind, als die zusätzlichen Personalkosten; die Stelle ist insofern gegenfinanziert.   |
| 10   | HGW   | Finanz- und Immobilienmanagement, Rechnungswesen, E08;<br><br>Verlängerung der Befristung um 2 Jahre         | 0,50                             | 30.250                  | S                     | Die befristete Stelle wurde im Stellenschaffungsverfahren 2019 vom GR geschaffen. Der ermittelte Stellenbedarf in Höhe von 1,50 VZW (davon 1,00 VZW bereits im Vorfeld dauerhaft eingerichtet) kann grundsätzlich bestätigt werden. Es bestehen jedoch Unwägbarkeiten hinsichtlich der Auswirkungen der laufenden Projekte „Zentralisierung der Buchungszentren“ und „Einführung der E-Rechnung“. Daher wird zunächst nur eine Verlängerung der Stellenlaufzeit um zwei Jahre befürwortet. Vor Ablauf der Befristung sollte eine Evaluation vorgenommen werden.  |
|  |       |  | <b>3,50</b>                      | <b>274.150</b>          |                       | <b>Teilergebnis Dezernat 6</b>   |
|  |       |  |                                  |                         |                       |  |
|  |       |  | <b>14,34</b>                     | <b>934.889</b>          |                       | <b>Gesamtergebnis Dezernat 1 - 6 Kategorie A</b>   |
|  |       |  |                                  |                         |                       |  |
| <b>B: Neue Planstellen, ohne zusätzliche Auswirkungen auf den Personalhaushalt, da hierfür bereits üplm. Stellen vorhanden sind, die mind. seit zwei Doppelhaushalten eingerichtet und besetzt sind.</b> |       |  |                                  |                         |                       |  |
| Diese Kategorie wird ab dem Verfahren 2022 nicht mehr als Finanzierung angesehen.  |       |  |                                  |                         |                       |  |

| Lfd.-Nr.:   | Amt | Thema                 | Organisatorisch<br>geprüfter<br>Bedarf | Jahresaufwand<br>(in Euro) | Aufgabentyp<br>(P, S, F) | Anmerkung   |
|---|-----|-----------------------|--|----------------------------|--------------------------|---|
| <b>C: Neue Planstellen, die refinanziert sind. Die Mittel werden als Ertrag dem Personalhaushalt entgegengerechnet.</b> |     |                       |  |                            |                          |   |
| <b>Dezernat 2</b>   |     |                       |  |                            |                          |   |
| 11  | OA  | SB Baustellen, A10    | 1,00                                   | 86.300                     | P                        | Bei den Aufgaben der Straßenverkehrsstelle handelt es sich um die Erfüllung von Pflichtaufgaben (z.B. Erteilen von verkehrsrechtlichen Anordnungen für Aufgrabungen und baulicher Sondernutzungen im öffentlichen Verkehrsraum, Überwachung von Baustellen, Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung bei festgestellten Verstößen, Beschwerdemanagement). Der Stellenbedarf ergibt sich durch Fallzahlensteigerung. Seit 2021 ist eine üplm. Stelle eingerichtet. Es entstehen für die Stelle in A10 jährliche Kosten in Höhe von 86.300 Euro. Dem gegenüber stehen Gebühreneinnahmen von etwa 800.000 Euro. Diese Einnahmen sind die letzten Jahre stetig gestiegen. |
| 12  | OA  | Tierarzt/-ärztin, E14 | 0,37                                   | 37.629                     | S                        | Zum 01.01.2022 gehen Tierarztstellen im Umfang von 0,5 VZW vom Land zur Stadt über. Die Stadt erhält hierfür künftig Mittel im Umfang von 37.450 Euro unbefristet über den Finanzausgleich zugewiesen. Der Personalaufwand für eine halbe Stelle in E14 liegt bei 50.850 Euro. Somit sind nur 0,37 VZW der insgesamt 0,5 VZW durch die Zuweisung finanziert. Die restlichen 0,13 VZW sollen durch dienststelleninterne Verlagerungen freier Stellenanteile finanziert werden.   |
|   |     |                       | <b>1,37</b>                            | <b>123.929</b>             |                          | <b>Teilergebnis Dezernat 2 Kategorie C</b>  |

| Lfd.-Nr.:         | Amt | Thema  | Organisatorisch<br>geprüfter<br>Bedarf | Jahresaufwand<br>(in Euro) | Aufgabentyp<br>(P, S, F) | Anmerkung   |
|-------------------|-----|--|--|----------------------------|--------------------------|---|
| <b>Dezernat 5</b> |     |  |  |                            |                          |   |
| 13                | BD  | Vorbeugender Brand- und<br>Gefahrenschutz, E11 | 2,00                                   | 166.000                    | P                        | Mit dem Stellenantrag sollen 2,00 VZW für die Sachverständigenfunktion der BrDir dauerhaft etabliert werden. Bisher wurde die Aufgabe seit circa 5 Jahren auf zwei Projektstellen erledigt. Die Durchführung von Brandverhütungsschauen (BVS) ist gemäß VwV-Brandverhütungsschau eine Pflichtaufgabe. In Karlsruhe erfolgt die Bearbeitung der BVS schon seit vielen Jahren arbeitsteilig: Das BOA als unteren Baurechtsbehörde beauftragt regelmäßig die BrDir als Sachverständige. Die Sachverständigenfunktion ist grundsätzlich vergabefähig. Die interne Aufgabenwahrnehmung hat jedoch den Vorteil, dass die BrDi Kenntnisse über Gebäudestrukturen vor Ort aneignet, die im Brandfall ein effektiveres Ergebnis ermöglichen. Für eine externe Vergabe müssten circa 230.000 Euro jährlich veranschlagt werden. Dem stehen jährliche Stellenkosten in Höhe 166.000 Euro gegenüber. Zusätzlich werden auf den beiden Stellen Sachverständigentätigkeiten für die Gemeinden Stutensee, Waldbronn und der Messe Karlsruhe wahrgenommen, die 2021 Einnahmen von circa 55.000 Euro gebracht haben. |
|                   |     |  | <b>2,00</b>                            | <b>166.000</b>             |                          | <b>Teilergebnis Dezernat 5 Kategorie C</b>  |

| Lfd.-Nr.:         | Amt | Thema  | Organisatorisch geprüfter Bedarf | Jahresaufwand (in Euro) | Aufgabentyp (P, S, F) | Anmerkung  |
|-------------------|-----|--|----------------------------------|-------------------------|-----------------------|--|
| <b>Dezernat 6</b> |     |  |                                  |                         |                       |  |
| 14                | HGW | Energiemanagement, Sachbearbeitung Fördermittelakquise, E11;<br><br>befristet auf 5 Jahre  | 1,00                             | 83.000                  | F                     | Die Ausweitung und Systematisierung der Fördermittelakquise ist ein dezidiertes Ziel der Stadtverwaltung. Im HGW wurde eine entsprechende Zuständigkeit aus dem Stellenbestand eingerichtet, mit der jährlich durchschnittlich 3,9 Millionen Euro Fördermittel eingeworben werden. Die Fördermittelakquise soll zukünftig auf weitere Bereiche mit Schwerpunkt Klimaanpassung und Klimaschutz ausgeweitet und EU-Fördermittel erschlossen werden. Durch das vom GR beschlossene Programm zur „Klimaneutralen Verwaltung 2040“ werden Zahl der Umfang potenziell förderwürdigen Projekte deutlich steigen. Die in der Vergangenheit eingeworbenen Fördermittel zeigen, dass auch zukünftig Mittel zumindest in ähnlicher Höhe erreicht werden können. Die Stelle sollte zunächst auf 5 Jahre befristet und vor Ablauf evaluiert werden. |
| 15                | HGW | Finanz- und Immobilienmanagement, Reinigungsmanagement, 2 VZW, E08<br><br>befristet bis Ende 2026  | 2,00                             | 121.000                 | F                     | Die Reinigungsverträge sind zu einem großen Teil überaltert. Durch systematische Neuausschreibung – mit der Möglichkeit niedrigere Standards zugrunde zu legen – können die jährlichen Reinigungskosten deutlich gesenkt werden. Zum Abbau des Arbeitsrückstands bei den Verträgen wurde schon 2017 im Rahmen der HSPKA eine befristete Stelle eingerichtet, welche bis Ende 2026 verlängert werden soll (siehe Liste 1, Lfd.-Nr. 9). Die bisher gemachten Erfahrungen zeigen, dass die erzielten Einsparungen deutlich höher sind, als die zusätzlichen Personalkosten; die Stelle ist insofern gegenfinanziert. Darüber hinaus bedarf es weiterer 2,0 VZW, ebenfalls befristet bis Ende 2026. Auch diese Stellen sind durch die Einsparung der Sachkosten gegenfinanziert.   |
| 16                | TBA | Bauverwaltung Sondernutzungen, A13g  | 1,00                             | 121.200                 | P                     | Die Umsetzung von Konzepten im Rahmen der neuen Mobilität (z.B. carsharing-Plätze, e-Ladesäulen), Erarbeitung von Konzepten der Mobilität und bei speziellen Sondernutzungen (z.B. Containerstationen, Gestaltungssatzungen) sowie Umsetzung der vom Gemeinderat beschlossenen Maßnahmen zum Raum- und Barrierschutz bei öffentlichen Plätzen verursachen einen zusätzlichen Personalbedarf beim TBA. Seit 2021 ist hierfür eine üplm. Stelle eingerichtet. Die Stelle ist durch Einnahmen aus Sondernutzungsgebühren finanziert.  |
| 17                | TBA | Klärwerk, Ingenieur/-in Elektro E12 (1,0 VZW), Meister/-in Metall E09B (1,0 VZW), Facharbeiter/-in Metall E08 (1,0 VZW), Facharbeiter/-in Metall E06 (1,0 VZW), Facharbeiter/-in Elektro E06 (1,0 VZW), Facharbeiter/-in Überbrückungspool E06 (4,0 VZW) | 9,00                             | 568.400                 | P                     | Das vom TBA erarbeitete Ausbaukonzept wurde von der Unternehmensberatung Jedele und Partner GmbH aus strategischer und struktureller Sicht sowie im Hinblick auf sich ergebende Stellenbedarfe bewertet. Zusätzlich zu den bereits aufgrund des Zwischenberichtes aus dem Jahr 2019 im Jahr 2020 vordringlich geschaffenen 16,0 VZW hat das Unternehmen einen weiteren Mehrbedarf in Höhe von insgesamt 21,0 VZW identifiziert. In Abstimmung mit dem TBA sollten hiervon 12,0 VZW im Jahr 2021 und die restlichen 9,0 VZW im Jahr 2022 geschaffen werden. Die Stellen sind durch Einnahmen im Gebührenhaushalt bzw. Zuwendungen der an die Kläranlage angeschlossenen Umlandgemeinden finanziert.   |
| 18                | TBA | Tech. Fachkraft Sicherheitsmanagement, E13   | 1,00                             | 91.700                  | P                     | Der Aufbau eines betrieblichen und technischen Sicherheitsmanagements beim TBA bedingt aufgrund der Komplexität der Materie einen Stellenbedarf. Weiterführende fachlich-spezifische Kenntnisse, z.B. im Zusammenhang mit dem Betrieb der Kläranlage, müssen dezentral beim TBA aufgebaut und vorgehalten werden. Seit 2018 ist hierfür eine üplm. Stelle eingerichtet. Die Stelle ist durch Gebühreneinnahmen finanziert (zw. 46.500€ -65.100€). Darüber hinaus können Vergabekosten (zw. 45.000€ - 60.000€ jährlich) eingespart werden.  |
|                   |     |  | <b>14,00</b>                     | <b>985.300</b>          |                       | <b>Teilergebnis Dezernat 6 Kategorie C</b>   |
|                   |     |  | <b>17,37</b>                     | <b>1.275.229</b>        |                       | <b>Gesamtergebnis Dezernate 1 - 6 Kategorie C</b>  |
|                   |     |  | <b>31,71</b>                     | <b>2.210.118</b>        |                       | <b>Gesamtergebnis Dezernate 1 - 6 Kategorien A, C</b>  |

|              |                  |                            |
|--------------|------------------|----------------------------|
| 14,34        | 934.889          | Gesamtergebnis Kategorie A |
| 17,37        | 1.275.229        | Gesamtergebnis Kategorie C |
| <b>31,71</b> | <b>2.210.118</b> |                            |

## Liste 2

## Liste 2: Stellenschaffungsanträge mit Auswirkungen auf den Personalhaushalt

| Lfd.-Nr.:         | Amt | Thema  | Organisatorisch geprüfter Bedarf | Jahresaufwand (in Euro) | Teilfinanziert (in Euro) | Aufgabentyp (P, S, F) | Priorisierung durch Verw. führung | Anmerkung  |
|-------------------|-----|--|----------------------------------|-------------------------|--------------------------|-----------------------|-----------------------------------|--|
| <b>Dezernat 1</b> |     |  |                                  |                         |                          |                       |                                   |  |
| 1                 | ZJD | Juristische Beratung im Zusammenhang mit Klimaschutz, A15  | 0,50                             | 73.350                  |                          | S                     |                                   | Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung am 28. April 2020 das Klimaschutzkonzept 2030 beschlossen. Damit die Maßnahmen forciert und weiter gestärkt werden, bedarf es einer zeitnahen Umsetzung des wegweisenden Konzeptes. Dieses beinhaltet auch eine Aufstellung der stadtwweit erforderlichen Personalkapazitäten. |
| 2                 | ZJD | SB Denkmalschutzrecht, A12   | 0,50                             | 53.600                  |                          | P                     |                                   | Im Rahmen des Stellenschaffungsverfahrens 2022 stehen für Maßnahmen des Umwelt- und Klimaschutzes Mittel in Höhe von 10 VZW zur Verfügung. Mit Abgleich des Klimaschutzkonzeptes empfiehlt das Dezernat 5 folgende Stellen zu schaffen.  |
| 3                 | SAM | Beteiligungskoordination an Green-Deal Programm der EU, E12<br><br>zunächst befristet bis 30.09.2023; dient zur temporären Aufstockung eines freien Stellenanteils von 0,3 VZW auf insgesamt 0,5 VZW | 0,20                             | 18.600                  |                          | S                     |                                   |  |
|                   |     |  | <b>1,20</b>                      | <b>145.550</b>          | <b>0</b>                 |                       |                                   | <b>Teilergebnis Dezernat 1 (priorisierte Stellen)</b>  |



## Liste 2

| Lfd.-Nr.:         | Amt | Thema   | Organisatorisch<br>geprüfter<br>Bedarf | Jahresaufwand<br>(in Euro) | Teilfinanziert<br>(in Euro) | Aufgabentyp<br>(P, S, F) | Priorisierung<br>durch Verw.<br>führung | Anmerkung   |
|-------------------|-----|---|--|----------------------------|-----------------------------|--------------------------|---|---|
| <b>Dezernat 2</b> |     |   |  |                            |                             |                          |   |   |
| 4                 | OA  | Mobilitätswendeprojekte,<br>Umsetzung von Fuß- und<br>Radverkehrsplanungen, allg.<br>Straßenverkehrsrecht,<br>A11 | 2,00                                   | 194.200                    |                             | S                        |   | Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung am 28. April 2020 das Klimaschutzkonzept 2030 beschlossen. Damit die Maßnahmen forciert und weiter gestärkt werden, bedarf es einer zeitnahen Umsetzung des wegweisenden Konzeptes. Dieses beinhaltet auch eine Aufstellung der stadtwweit erforderlichen Personalkapazitäten.<br><br>Im Rahmen des Stellenschaffungsverfahrens 2022 stehen für Maßnahmen des Umwelt- und Klimaschutzes Mittel in Höhe von 10 VZW zur Verfügung. Mit Abgleich des Klimaschutzkonzeptes empfiehlt das Dezernat 5 folgende Stellen zu schaffen. |
|                   |     |   | <b>2,00</b>                            | <b>194.200</b>             | <b>0</b>                    |                          |   | <b>Teilergebnis Dezernat 2 (priorisierte Stellen)</b>   |

## Liste 2

| Lfd.-Nr.:         | Amt | Thema  | Organisatorisch<br>geprüfter<br>Bedarf | Jahresauf-<br>wand<br>(in Euro) | Teil-<br>finanziert<br>(in Euro) | Auf-<br>gabentyp<br>(P, S, F) | Priorisierung<br>durch Verw.<br>führung | Anmerkung  |
|-------------------|-----|--|--|---------------------------------|----------------------------------|-------------------------------|---|--|
| <b>Dezernat 5</b> |     |  |  |                                 |                                  |                               |   |  |
| 5                 | UA  | SB Klimaneutrales Karlsruhe,<br>E 11                           | 1,00                                   | 83.000                          |                                  | S                             |   | Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung am 28. April 2020 das Klimaschutzkonzept 2030 beschlossen. Damit die Maßnahmen forciert und weiter gestärkt werden, bedarf es einer zeitnahen Umsetzung des wegweisenden Konzeptes. Dieses beinhaltet auch eine Aufstellung der stadtwweit erforderlichen Personalkapazitäten. |
| 6                 | UA  | Verwaltung<br>Klimaschutzbudget/<br>Sonderaufgaben, E12        | 0,80                                   | 74.400                          |                                  | S                             |   | Im Rahmen des Stellenschaffungsverfahrens 2022 stehen für Maßnahmen des Umwelt- und Klimaschutzes Mittel in Höhe von 10 VZW zur Verfügung. Mit Abgleich des Klimaschutzkonzeptes empfiehlt das Dezernat 5 folgende Stellen zu schaffen.  |
| 7                 | UA  | Elektromobilität Koordination<br>Ladeinfrastrukturprojekt, E12 | 1,00                                   | 93.000                          |                                  | S                             |   |  |
|                   |     |  | <b>2,80</b>                            | <b>250.400</b>                  | <b>0</b>                         |                               |   | <b>Teilergebnis Dezernat 5 (priorisierte Stellen)</b>  |

Liste 2

| Lfd.-Nr.:         | Amt | Thema   | Organisatorisch<br>geprüfter<br>Bedarf | Jahresaufwand<br>(in Euro) | Teilfinanziert<br>(in Euro) | Aufgabentyp<br>(P, S, F) | Priorisierung<br>durch Verw.<br>führung | Anmerkung  |
|-------------------|-----|---|--|----------------------------|-----------------------------|--------------------------|---|--|
| <b>Dezernat 6</b> |     |   |  |                            |                             |                          |   |  |
| 8                 | HGW | Umsetzung Sanierungsstrategie städt. Gebäude, Abteilung Projektmanagement, E12            | 3,00                                   | 279.000                    |                             | P/S                      |   | Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung am 28. April 2020 das Klimaschutzkonzept 2030 beschlossen. Damit die Maßnahmen forciert und weiter gestärkt werden, bedarf es einer zeitnahen Umsetzung des wegweisenden Konzeptes. Dieses beinhaltet auch eine Aufstellung der stadtwweit erforderlichen Personalkapazitäten. |
| 9                 | HGW | Umsetzung Sanierungsstrategie städt. Gebäude, Abteilung Technische Gebäudeausrüstung, E11 | 1,00                                   | 83.000                     |                             | P/S                      |   | Im Rahmen des Stellenschaffungsverfahrens 2022 stehen für Maßnahmen des Umwelt- und Klimaschutzes Mittel in Höhe von 10 VZW zur Verfügung. Mit Abgleich des Klimaschutzkonzeptes empfiehlt das Dezernat 5 folgende Stellen zu schaffen.  |
|                   |     |   | <b>4,00</b>                            | <b>362.000</b>             | <b>0</b>                    |                          |   | <b>Teilergebnis Dezernat 6 (priorisierte Stellen)</b>  |
|                   |     |   |  |                            |                             |                          |   |  |
|                   |     |   | <b>10,00</b>                           | <b>952.150</b>             | <b>0</b>                    |                          |   | <b>Gesamtergebnis Dezernate 1 - 6 (priorisierte Stellen)</b>   |

**Zur Kenntnis: Erzieher-/Schulsozialarbeitsstellen, für die separate Haushaltsmittel eingeplant sind (1,5 Mio. Euro)**